

Die Stadt, in der wir Frauen leben ...

... ist reich an Arbeit. Das Ausmaß aller Arbeiten, die vor allem von Frauen in den Haushalten, bei der Kinderbetreuung, im Pflege-, Betreuungs- und Sorgebereich geleistet wird, ist groß – und meist unbezahlt oder illegalisiert. Ein großer Teil dieser Arbeiten wird von Migrantinnen im Graubereich von Wirtschaft und Politik verrichtet. So etwa wird die 24-Stunden-Pflege von unserer Stadtregierung und von den Betroffenen stillschweigend akzeptiert, weil sie für viele in der Not eine Lösung darstellt und weil sie billiger ist als die marktübliche Betreuung.

Denn: Es ist Frauenarbeit!

Von der Not jener, die ihre Arbeitskraft grenzüberschreitend verkaufen müssen, und von der Not jener, die diese Care-Arbeiten in Anspruch nehmen müssen, profitieren Politik und Wirtschaft: Unbezahlte oder unterbezahlte Frauenarbeit, wie sie z. B. im Tourismus und persönlichen Diensten geleistet wird, ist profitsteigernd und systemerhaltend.

Die Stadt, in der wir Frauen leben wollen...

... ist reich an Solidarität und Frauenfreundlichkeit und frei von AusländerInnenhass. Sie sorgt sich um das Wohl ihrer gesamten Stadtgemeinschaft und um jene, die nicht oder nur eingeschränkt selbst für sich sorgen können.

In unserer Stadt wird der ethnischen Vielfalt ausreichend öffentlicher Raum zur Entfaltung der vielfältigen Talente und deren kulturellem Austausch zur Verfügung gestellt

In unserer Stadt tragen die politischen RepräsentantInnen dazu bei, dass internationale Solidarität wie auch ökologische Nachhaltigkeit und eine Budgeterstellung unter dem Genderaspekt in allen Entscheidungen mitgedacht und entsprechend berücksichtigt werden.

Die Stadt, in der wir KPÖ-Frauen leben wollen...

... ist offen für Neues. Diese Stadt wollen wir selbst mitgestalten und reicher an Lebensqualität und Zukunftsvisionen machen. Dafür braucht es

- eine Neubewertung der Arbeit, die soziale Kompetenz entsprechend einschließt
- ein bedingungsloses Grundeinkommen, um Kinder-, Familien- oder Altersarmut zu verhindern und prekäre Arbeitsverhältnisse zu vermeiden
- ein ausreichendes, kostenloses Angebot von Kinderbetreuungseinrichtungen von der Krippe bis zum Hort
- Pflegeeinrichtungen, die ein Altern in Würde ermöglichen
- Eine Kulturpolitik, die der Vielfalt des Zusammenlebens Spielraum gibt

Wien wäre anders, wenn...

...die Gemeinde erste Schritte zur Existenzsicherung der in Wien lebenden Menschen umsetzen würde. Aber die auch in Wien praktizierten Zwangsmaßnahmen des AMS, die Verteuerungen der Energiekosten, die Ausgliederungen öffentlichen Eigentums, die einer Privatisierung und damit Enteignung gleichkommen, reiht Wien in die allgemeine Politik der weiteren Umverteilung von unten nach oben ein.

... die Gemeinde nicht mit der Verschärfung des Prostituiertengesetzes oder des Bettelverbotes die Marginalisierung von einzelnen Gruppen vorantreiben würde

... die „Theaterreform“ nicht die Ausdrucksmöglichkeiten der kritischen Kunst eingeschränkt hätte

Wir fordern:

Als ersten Schritt zur bedingungslosen Existenzgrundsicherung: eine Energiegrundsicherung, damit kein Haushalt ohne Licht und Wärme ist

Nulltarif im öffentlichen Verkehr, da Mobilität keine Kostenfrage sein kann

Als ersten Schritt zur Anerkennung von weiblicher Arbeitskraft:

Die deutliche Anhebung aller Frauenlöhne im Gemeindedienst, insbesondere der Kindergärtnerinnen oder Fachkräfte in der Pflege und im Krankenanstaltenverbund - keine prekären arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse bei der Gemeinde Wien